

Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik Ausgabe Nr.1/2008 Juni 2008

[Aktueller Fokus](#) [Regionalprojekt](#) [Projekt Landesbüro](#) [Veranstaltungen](#) [Publikationen](#) [Kurzberichte](#) [Personalien](#)

Aktueller Fokus

Die lateinamerikanischen Medienwirklichkeit im Wandel und die medienpolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung



Lateinamerikas Medienlandschaft ist geprägt von privaten, monopolartigen Medienkonzernen, welche die politische Agenda in der Region teils entscheidend mitgestalten. Staatliche Radio- und Fernsehanstalten haben in der Geschichte Lateinamerikas dagegen kaum je eine Rolle gespielt. Ihrem Bildungsauftrag aber kommen diese Konzerne ebenso unzureichend nach wie der zuverlässigen Information über die vielfältigen Standpunkte und Interessen in der Gesellschaft. Durch neue technische Möglichkeiten wie das Internet haben nun erstmals in der Geschichte Lateinamerikas eine Vielzahl von Bürgerinitiativen die Chance, lokale Radio- und TV-Sender zu betreiben sowie eigenständig produzierte Informationen zu verteilen, um auf diesem Wege auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Regionalprojekt

Progressiv und solidarisch - Das Forum der politischen Jugend des Mercosur



Auch in Lateinamerika stellt die wachsende Entfremdung zwischen politischen Parteien und Jugendlichen eine große gesellschaftliche Herausforderung dar. Die Parteiendemokratie ist nur dann mehrheitsfähig, wenn sie die Jugend für sich begeistern kann. Daher genießt die Zusammenarbeit mit engagierten und politisch interessierten Jugendlichen einen zentralen Stellenwert in der nationalen und regionalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Jahr 2006 begann der Aufbau eines Netzwerks von Jugendorganisationen der progressiven Parteien des MERCOSUR. Diese Arbeitslinie hat sich inzwischen als ein Schwerpunkt der regionalen Zusammenarbeit etabliert. Im Mittelpunkt steht die Information und Fortbildung über aktuelle Themen des Integrationsprozesses im MERCOSUR. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Projekt Landesbüro

Trabalhadores do mundo, comunicai-vos! - Gewerkschaftliche Netzwerke in Brasilien



Multinationale Konzerne gelten als machtvolle Akteure der Globalisierung. Zugleich haben die global ausgerichteten Konzernstrategien auch massive Auswirkungen auf die bestehenden Arbeitsbeziehungen. Wenn die großen Konzerne über alle Ländergrenzen hinweg operieren, dann greift eine allein auf einen Standort oder ein Land bezogene Gewerkschaftspolitik zu kurz, um zu verhindern, dass Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden. Der Aufbau und die Konsolidierung gewerkschaftlicher Netzwerke ist daher ein Schwerpunkt der Projektarbeit der FES in Brasilien. In enger Kooperation mit brasilianischen und deutschen Gewerkschaften unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in vornehmlich deutschen multinationalen Unternehmen, wie z.B. bei ThyssenKrupp, Siemens, Mahle, VW, Zahnradfabrik Friedrichshafen, BASF oder Bayer. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Veranstaltungen

Kompensationen für Klima- und Ressourcenschutz in Ecuador? Der ITT-Yasuní Bauftragte Francisco Carrión Mena in Berlin

Anfang 2007 meldete sich Ecuador mit einem umstrittenen Vorschlag zum Umwelt- und Ressourcenschutz zu Wort. Angeboten wurde ein Verzicht auf die Erdölförderung riesiger Vorkommen unter dem Biosphärenreservat Yasuní im ecuadorianischen Amazonasgebiet. Im Gegenzug sollte die internationale Staatengemeinschaft den Gewinnausfall durch beträchtliche Zahlungen kompensieren und so zum Erhalt des Primärwalds beitragen. Mit der Benennung des ehemaligen ecuadorianischen Außenministers Francisco Carrión Mena zum ITT-Yasuní Beauftragten des Präsidenten und der Einrichtung eines eigenen ITT-Sekretariats erhielt die Initiative Anfang 2008 frischen Rückenwind. Im März stellte Carrión Mena in einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung das Konzept des ITT-Yasuní-Vorschlags vor. [mehr](#)

Europa und Lateinamerika - gemeinsam für ein besseres Klima? Bundesministerin Wieczorek-Zeul besucht Konferenz der FES in Lima zum Klimaschutz in Europa und Lateinamerika



Von einer europäisch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit im Bereich Klima und Umweltschutz könnten wichtige Impulse für eine multilaterale Post-Kyoto-Ordnung ausgehen. Das fünfte EU-Lateinamerika-Gipfeltreffen im Mai in Lima, das sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Klima und Energie befasste, bot eine gute Gelegenheit zur Konkretisierung gemeinsamer Vorstellungen. Im Vorfeld des EU-Lateinamerika-Gipfels nutzte das FES-Büro in Lima den Besuch der Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, um die Möglichkeiten einer engeren Kooperation im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zu diskutieren. [mehr](#)

Mauricio Funes, Präsidentschaftskandidat der FMLN in El Salvador, in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) in El Salvador gilt als stärkste linke Bewegung Zentralamerikas. In El Salvador selbst ist die FMLN zweitstärkste Partei und wichtigste Oppositionsgruppe zur rechtskonservativen Regierungspartei ARENA. Ihre Wurzeln hat sie in einem Bündnis der bewaffneten Opposition während des Bürgerkrieges (1980 – 1991). Im vergangenen Jahr wurde der bekannte Journalist Mauricio Funes zum Präsidentschaftskandidaten der Partei gewählt. Die Chancen für einen Machtwechsel stehen derzeit gut, Umfragen weisen Mauricio Funes einen klaren Vorsprung gegenüber seinem rechtskonservativen Kontrahenten aus. Am 07. Mai 2008 diskutierte Mauricio Funes in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, um mit deutschem Fachpublikum über die Herausforderungen El Salvadors und der FMLN. [mehr](#)

Jugendorganisationen und ihr politischer Einfluss in Südamerika - Eine Delegation von NachwuchspolitikerInnen zu Gast in Deutschland



Demokratie lebt vom Engagement junger Menschen und parteipolitischen Jugendorganisationen kommt bei der Einbindung junger Menschen in die Politik eine Schlüsselrolle zu. Dennoch sehen sich parteipolitische Jugendorganisationen gerade in Lateinamerika mit großen Herausforderungen konfrontiert: wie gelingt die Mobilisierung junger Menschen, wenn die Politikverdrossenheit zunimmt und politische Parteien insgesamt an Bedeutung verlieren? Und welchen Einfluss können Jugendflügel intern auf ihre Partei nehmen, wenn starre Hierarchien dominieren und die parteiinterne Demokratie nur schwach ausgebildet ist? Der Austausch zu diesen Fragen stand im Mittelpunkt einer Informationsreise, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Delegation von NachwuchspolitikerInnen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas eingeladen hatte. [mehr](#)

Vereinte Gewerkschaften Amerikas



In vielen Ländern Lateinamerikas existieren noch immer sehr schlechte Arbeitsbedingungen, wie extrem niedrige Löhne, keine Einhaltung grundlegender Arbeitnehmerrechte oder gar die Bedrohung des Lebens von Gewerkschaftern. Um so wichtiger ist es, dass die zahlreichen Gewerkschaften auf dem Kontinent zusammenarbeiten und gemeinsam für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen. Aus diesem Grund kann die Gründung des regionalen Gewerkschaftsverbands CSA als wichtiger Erfolg der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung gefeiert werden. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)



Die aus der Projektarbeit entstehenden und sie begleitenden Veröffentlichungen erscheinen in der Regel in Spanisch oder Portugiesisch und richten sich an Leser in Lateinamerika [mehr](#)

Kurzberichte

[↑](#) Zurück Index

Vom Vorbild zum Reformfall – Chile reformiert sein privates Rentenversicherungssystem (Mai 2008)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Die FMLN in El Salvador vor den Präsidentschaftswahlen – Transformation einer Guerillabewegung (April 2008)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Zur Lage der Gewerkschaften in Venezuela (Februar 2008)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Die Erneuerungsfähigkeit der Linken in Zentralamerika (Dezember 2007)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Personalia

[↑](#) Zurück Index

Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik

Im ersten Halbjahr 2008 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt: [mehr](#)

[↑](#) Zurück Index

Die lateinamerikanischen Medienwirklichkeit im Wandel und die medienpolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung



Staatliche Radio- und Fernsehanstalten haben in der Geschichte Lateinamerikas kaum je eine Rolle gespielt. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten wie in Deutschland sind in der von Anfang an privatwirtschaftlich strukturierten Medienlandschaft Lateinamerikas erst gar nicht entstanden. Dort, wo staatlicher Rundfunk noch existiert, hat er sein Ansehen längst verspielt und ist zu einem langweiligen, wenig genutzten Institut für staatliche oder Parteienpropaganda verkommen.

Dagegen sind in den letzten beiden Jahrzehnten private, monopolartige Medienkonzerne entstanden, die mit ihrem Interesse an größtmöglichen Gewinnen aus Werbung, Sport und Unterhaltung die Situation in großen Teilen des Kontinents beherrschen. Sie sind zu politischen Akteuren geworden und bestimmen in einigen der lateinamerikanischen Länder die Agenda entscheidend mit.

Die großen Medienkonzerne kommen ihrem Auftrag zu Bildung und zur zuverlässigen Information über die vielfältigen Standpunkte und Interessen in der Gesellschaft nur sehr unzureichend nach. Lebensfragen von lokaler und regionaler Bedeutung oder die Belange ethnischer Gruppen finden hier keinen Platz. Es wird darüber schlicht nicht informiert. Große Teile der lateinamerikanischen Gesellschaften finden sich in den Nachrichten und Beiträgen der großen Fernsehkanäle und Zeitungen nicht wieder und sind ausgegrenzt.

Die Arbeit von engagierten Journalisten hat unter den lateinamerikanischen Bedingungen nur begrenzt Chancen, zur sachlichen und vielseitigen Information über die gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme und Konflikte beizutragen. In Ländern wie Mexiko ist sogar eine extrem hohe Zahl von ermordeten Journalisten zu beklagen. Einschüchterung von Journalisten und Korruption sind weit verbreitet.

Neue Medien – neue Möglichkeiten

Auf der anderen Seite haben neue technische Möglichkeiten, wie das Internet, lokale Radio- und TV-Sender, Bürgernetzwerke für Kommunikation und die Verbreitung von eigenständig produzierten Informationen einer Vielzahl von Bürgerinitiativen die Chance gegeben, sich bemerkbar zu machen. Zum ersten Mal in der lateinamerikanischen Geschichte verfügen ethnische Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauenorganisationen und lokale Bürgervereinigungen überwiegend aus der unterprivilegierten Bevölkerung über Mittel und Wege, miteinander zu kommunizieren und ihre Interessen national und sogar darüber hinaus hörbar zu machen.

In einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern setzen sich seit einiger Zeit Mitte-Links-Regierungen und politische Parteien für die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der bürgerschaftlichen lokalen Gemeinschaftsradios und TV-Sender ein. Es geht dabei um die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für die Arbeit dieser Gemeinschaftsmedien, der es ihnen ermöglicht, neben der starken privatwirtschaftlichen Konkurrenz kritisch und komplementär zu arbeiten, ohne mit permanenten Behinderungen und Schikanen kämpfen zu müssen.

So hat beispielsweise die FES in Uruguay in Zusammenarbeit mit der nationalen Sektion der Weltvereinigung für bürgerschaftliche Rundfunkanstalten (AMARC) eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten sowie Regierungsvertretern dabei beraten, die Grundlagen für ein neues Gesetz für bürgerschaftliche („kommunitäre“) Medien zu erarbeiten. Das Gesetz ist inzwischen vom Parlament verabschiedet und wird in Zukunft einen Beitrag zu einer vielfältigeren, pluralistischen Medienlandschaft leisten.

Kommunikationsstrategien für ein progressives Konzept öffentlicher Sicherheit

Der extreme Anstieg der Kriminalitäts- und Gewalttaten in den meisten lateinamerikanischen Ländern und die damit verbundenen Sorgen in der Bevölkerung haben dafür gesorgt, dass die Medien und die öffentliche Meinung sich ausführlich mit diesem Thema beschäftigen. Der Umgang mit dem Thema Sicherheit hat für politische Kandidaten und Parteien häufig wahlentscheidende Bedeutung. Progressive politische Kräfte sehen sich mit ihrer nur geringen

Erfahrung im Bereich der öffentlichen Sicherheit konfrontiert und suchen nach alternativen Konzepten, um das mittlerweile wichtigste Problem der Region in den Griff zu bekommen und um traditionelles Terrain der Rechten zu besetzen.

Die FES hat in diesem Kontext in Lateinamerika in den letzten fünf Jahren wesentliche Beiträge zur Erarbeitung und Diskussion neuer progressiver Konzepte öffentlicher Sicherheit geleistet. Um die traditionell repressive Perspektive zu überwinden, wurde der Austausch von Expertise und Erfahrungen zwischen verschiedenen Ländern der Region gefördert. Auf rasch zunehmende Nachfrage stieß hier die Beratung im Bereich der Kommunikationsstrategien mit dem Ziel, der sensationalistischen Berichterstattung der Medien, die einseitig die Forderung nach einer starken Hand befördert, einen komplexeren Ansatz entgegen zu setzen.

Seit Ende 2006 hat die FES so mehrere Regierungsinstanzen beraten, wie z. B. das Justizministerium in Costa Rica, das Sicherheitsministerium und die nationale Polizeischule in Honduras, die Kommunalregierung von San Salvador, das Justizministerium Argentiniens und das Sicherheitsdezernat der Provinz Santa Fé (Argentinien).

Als Ausgangspunkt der Beratung galt es erst einmal, zwischen der traditionellen Pressearbeit und einem integralen Kommunikationskonzept zu unterscheiden. Kommunikation wird in diesem Rahmen verstanden als ein zweigleisiger Prozess, in dem konkrete Politikansätze mit dem Bedarf der Zielgruppen vermittelt und abgestimmt werden. Die Beratung zielt auf drei Dimensionen der öffentlichen Agenda: die politisch-institutionellen Maßnahmen, die Forderungen der Bürger und die Form der Berichterstattung. In jeder dieser Dimensionen werden die wichtigsten Akteure und die adäquaten Medien und Kommunikationskanäle identifiziert. Im Gegensatz zum vertikalen Ansatz des Senders und Empfängers erfolgt die Planung und Umsetzung der Strategie in Form eines Netzwerks aus verschiedenen Ebenen und Dimensionen.

Natürlich lassen Fernsehen und Zeitungen nicht so leicht vom lukrativen Geschäft mit der Angst ab. Denn die sensationalistischen Berichte von brutalen Übergriffen sollen ein hartes Durchgreifen rechtfertigen. So werden vielfach massive Menschenrechtsverletzungen gegenüber bestimmten diskriminierten Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel den Straßenkindern, verharmlost. Die beratenen Partner der FES setzen dem heute aber statt deklaratorischer Pressearbeit eine Netzwerkarbeit entgegen, welche die Medien einbezieht und auf Partizipation und Transparenz in einem überaus sensiblen Politikfeld abzielt.

[↑ Zurück Index](#)

Progressiv und solidarisch - Das Forum der politischen Jugend des Mercosur



Die Gemeinsamkeiten zwischen Europa und Lateinamerika sind im politischen Bereich sehr viel ausgeprägter als allgemein angenommen. So auch beim Engagement von Jugendlichen in der Politik - oder beim häufig als gering erachteten Engagement der Politik für die Jugendlichen, je nach Sichtweise. Doch völlig unabhängig vom Standpunkt – die Entfremdung zwischen Jugendlichen und Parteien stellt eine große gesellschaftliche Herausforderung dar. Die Parteidemokratie ist nur mehrheitsfähig, wenn sie die junge Generation für sich begeistern kann. Wer politisch etwas verbessern, die Demokratieverdrossenheit bekämpfen und

Zukunft gerecht und sozial gestalten will, der kommt um die Jugend nicht herum. Politisch engagierte Jugendliche sind häufig kreativer und phantasiereicher, auch idealistischer und kämpferischer als die abgeklärten Politprofis. Aus diesem Grunde ist die Bedeutung von Jugendlichen als kritisches und innovatives Korrektiv gerade innerhalb von Parteien und Verbänden groß. Zudem weisen Jugendliche häufig enge Bindungen zu sozialen Bewegungen auf, seien es lokale Initiativen direkt vor Ort oder global agierende Nichtregierungsorganisationen mit weltweit gesponnenem Netzwerk. In Zeiten schwindender Handlungsspielräume von nationalen Regierungen werden solche regionalen und globalen Zusammenschlüsse und enge Vernetzungen mit der Zivilgesellschaft immer bedeutsamer. Gerade die Linke sollte sich dessen bewusst sein und entsprechend ihre engagierte Jugend stärken und anhören.

Aus dieser Überzeugung heraus genießt das Thema Jugend in der nationalen wie der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen zentralen Stellenwert. Dahinter steckt auch die Überlegung, dass zur Veränderung der politischen Kultur eines Landes neue politische Akteure mit einem veränderten Politikverständnis vonnöten sind. Dazu Beiträge zu leisten, erfordert einen langen Atem und bedarf einer zielgerichteten, kontinuierlichen Herangehensweise. Dies gilt auf nationaler Ebene, noch mehr aber für regionale Kooperationen. Im Jahr 2006 begann daher der Aufbau eines Netzwerks von Jugendorganisationen der progressiven Parteien des MERCOSUR. Diese Arbeitslinie hat sich inzwischen als ein Schwerpunkt der regionalen Zusammenarbeit etabliert. Im Mittelpunkt steht die Information und Fortbildung über aktuelle Themen des Integrationsprozesses im MERCOSUR. Weitere zentrale Themen sind der Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft und die Einbindung von Minderheiten in die nationale und regionale Politik der Mercosur-Staaten. Ganz wichtig ist aber natürlich auch der Erfahrungsaustausch der politischen Jugend in den jeweils anderen Ländern des Cono Sur. Auf diese Weise bilden sich Netzwerke unter Nachwuchspolitikerinnen und –politikern, die für Jahrzehnte bedeutsam sein können. Zur Stärkung der Gendergerechtigkeit wird im Forum zielgerichtet mit politisch engagierten jungen Frauen des linken Spektrums zusammengearbeitet. Unterfüttert werden die regionalen Zusammenkünfte durch regelmäßige nationale Treffen der Jugendlichen aus unterschiedlichen Parteien. Da die Beschäftigung mit öffentlicher Jugendpolitik und die politische Organisation progressiver Jugend zentraler Baustein jedes nationalen Projektes im Cono Sur ist, greifen beide Ebenen hier ineinander und befruchten sich wechselseitig. Die Entwicklung sowohl der nationalen als auch der regionalen Arbeitslinien steht dabei immer unter der Prämisse, dass sie sich an den Überzeugungen und Bedürfnissen junger, politisch und sozial engagierter Menschen orientieren sollen. So nahmen am letzten Treffen des Forums politischer Jugend des Mercosur neben jungen Nachwuchskräften der progressiven Parteien auch Mitglieder sozialer Bewegungen wie Studierenden-, Landlosen- oder HipHop-Bewegung teil.

Dem Forum ist es so seit seiner Gründung gelungen, junge, politisch engagierte Menschen zusammenzuführen. Die bisher auf die Mitgliedstaaten des Mercosur konzentrierte Zusammenarbeit soll künftig auf weitere Länder Südamerikas ausgeweitet werden. Auch neue Themen, wie Nachhaltige Entwicklung und regionale Energiekooperation stehen inzwischen auf der Tagesordnung.

Dabei liegt den Jugendlichen auch der Erfahrungsaustausch mit progressiven Nachwuchspolitikerinnen und –politikern aus Deutschland und Europa am Herzen. So nahm im vergangenen Jahr die heutige Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel am Forum der politischen Jugend des Mercosur in Brasilien teil. Die Nachwuchsorganisationen der südamerikanischen Linksparteien befinden sich in einem Klärungsprozess, was ihre Organisation und Artikulation

gegenüber den Mutterparteien betrifft. Zum Verhältnis zwischen inhaltlicher Eigenständigkeit und kritischer Solidarität mit der Mutterpartei suchen sie den Austausch mit europäischen Nachwuchsorganisationen und insbesondere mit den Jusos. Dazu konnte Franziska Drohsel wertvolle Hinweise geben. Sie erläuterte zudem die hiesige Gender-Debatte und zeigte sich solidarisch mit den lateinamerikanischen jungen Frauen, die ihren Eintritt ins politische Leben ihrer Region über das Engagement in einer politischen Partei wählen. Diese Form des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen deutschen und lateinamerikanischen Nachwuchspolitikerinnen und -politikern der Linken wird künftig noch intensiviert. Denn ganz gleich, ob es sich um die Rolle des Sozialstaates in Zeiten der Globalisierung, die gerechte Ausgestaltung der Güter- und Finanzmärkte oder den Kampf gegen Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt handelt – diese Herausforderungen können nur gemeinsam und grenzübergreifend gelöst werden. Isolierte Antworten kann es nicht geben, eine neue Weltordnung und ein euer Multilateralismus werden nur auf suprastaatlicher Ebene definiert werden können. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft können wir diese regionenübergreifende Vernetzung schon länger beobachten; diese Entwicklung sollten sich auch die progressiven Parteien zum Beispiel nehmen. Und wer wäre dazu besser geeignet als die progressive Jugend?

 [Zurück Index](#)

Trabalhadores do mundo, comunicai-vos! - Gewerkschaftliche Netzwerke in Brasilien



Multinationale Konzerne gelten als machtvolle Akteure der Globalisierung. Zugleich haben die global ausgerichteten Konzernstrategien auch massive Auswirkungen auf die bestehenden Arbeitsbeziehungen. Wenn die großen Konzerne über alle Ländergrenzen hinweg operieren, dann greift eine allein auf einen Standort oder ein Land bezogene Gewerkschaftspolitik zu kurz, um zu verhindern, dass Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden. In Europa haben sich in den vergangenen Jahren auf der Grundlage der Richtlinie über europäische Betriebsräte erste Strukturen transnationaler Arbeitsbeziehungen verstetigt. In und mit anderen Regionen der Welt ist der Aufbau solcher Netzwerke jedoch wesentlich schwieriger. Weltbetriebsräte (wie z.B. bei VW, Daimler, SKF oder Statoil) oder andere formalisierte Interessenvertretungsstrukturen auf globaler Ebene konnten sich bisher kaum durchsetzen. In jüngerer Zeit haben jedoch gewerkschaftliche Netzwerke als Instrument globaler Gewerkschaftspolitik wieder an Bedeutung gewonnen.

Die konzernbezogenen Netzwerke, die zum Großteil in der Metall- und Chemieindustrie angesiedelt sind, bestehen in der Regel aus betrieblichen Arbeitnehmer- und GewerkschaftsvertreterInnen von verschiedenen Standorten. Wesentliche Ziele sind der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den ArbeitnehmerInnen, die solidarische Kooperation untereinander, die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit der beteiligten Gewerkschaften, die Absprache von gemeinsamen Aktionen sowie die Möglichkeit für die Gewerkschaften an den Auslandsstandorten, über das Netzwerk einen direkteren Zugang zur – meist weit entfernten – Konzernleitung zu finden. Manche Netzwerke binden auch schrittweise das Management in ihre Arbeit mit ein.

Der Aufbau und die Konsolidierung gewerkschaftlicher Netzwerke ist ein Schwerpunkt der Projektarbeit der FES in Brasilien. Brasilien ist eines der wichtigsten Länder für die deutsche Wirtschaft. Ca. 1.200 deutsche Unternehmen sind hier in erster Linie in den Bereichen Maschinenbau und Chemie sowie im Automobilsektor tätig. Mit allein 850 deutschen Firmen gilt die Region São Paulo als der größte deutsche Industriestandort außerhalb Deutschlands. In enger Kooperation mit brasilianischen und deutschen Gewerkschaften unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in (vornehmlich deutschen) multinationalen Unternehmen, wie z.B. bei ThyssenKrupp, Siemens, Mahle, VW, Zahnradfabrik Friedrichshafen, BASF oder Bayer.

Das jeweilige Engagement hängt dabei stark vom Reifegrad des Netzwerkes und von den bereits vorhandenen Strukturen ab. So umfasst die FES-Arbeit sowohl „Geburtshilfe“ für neue Netzwerke als auch die beratende Begleitung für bereits etablierte Strukturen. Zum Teil müssen auf brasilianischer Seite aber auch erst die Voraussetzungen für eine Beteiligung an bestehenden internationalen Netzwerken oder Weltbetriebsräten geschaffen werden. Aufgrund des fragmentierten brasilianischen Gewerkschaftssystems und der schwachen betrieblichen Verankerung von Gewerkschafts- und ArbeitnehmervertreterInnen gibt es oftmals selbst zwischen den brasilianischen Standorten eines Konzerns keine Kontakte. Hier steht zunächst die Vernetzung der Belegschaften auf nationaler Ebene im Vordergrund. Einige dieser nationalen Komitees werden mit der Zustimmung der (lokalen) Unternehmensleitung gegründet, andere gegen den Widerstand des Managements durchgesetzt und wieder andere scheitern an den ideologischen und organisatorischen Differenzen der beteiligten brasilianischen Gewerkschaften. Auch das Interesse und das Engagement der Gewerkschaften und der ArbeitnehmervertreterInnen des Mutterkonzerns sind entscheidend für den Erfolg. Es ist kein Zufall, dass der Großteil der Netzwerke entlang europäischer und hier vor allem deutscher multinationaler Konzerne entstehen, in denen sowohl die Kapital- als auch die Gewerkschafts- und Betriebsratsseite bereits langjährige Erfahrungen mit sozialem Dialog haben und bei denen die Gewerkschaften Interesse an internationaler Arbeit haben. Wenn diese Herausforderungen zur Gründung eines Netzwerkes gegeben sind, dann besteht langfristig die entscheidende Herausforderung darin, die personellen und finanziellen Ressourcen aufzubringen, die die Kontinuität des Netzwerkes gewährleisten können. Auf den Netzwerktreffen steht zunächst der Informations- und Wissensaustausch im Vordergrund. Die Teilnehmer können ihr Bild über den Konzern vervollständigen - die brasilianischen z.B. über vom Konzern abgeschlossene Rahmenabkommen, die vor Ort jedoch nicht umgesetzt werden, die deutschen über die

Verletzung der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit oder die Arbeitsbedingungen an den brasilianischen Standorten. Eine Reihe von Netzwerken ist von den Konzernleitungen mittlerweile als Verhandlungspartner anerkannt und in manchen Fällen konnten hierüber arbeitspolitische Mindeststandards entlang der Konzernstrukturen eingeführt werden. Einige brasilianische Komitees wurden zu einem Forum für sozialen Dialog und verhandeln, wie z.B. bei Bayer, mit der Unternehmensleitung über Gewinnbeteiligung, betriebliche Sozialleistungen sowie über Maßnahmen gegen Diskriminierung oder sie entsenden, wie z.B. bei Mahle, einen Beobachter zu den Sitzungen des europäischen Betriebsrates.

Angesichts der großen Zahl multinationaler Konzerne und der bisher nur punktuellen gewerkschaftlichen Netzwerke kann das Instrument nur einen kleinen Beitrag zu einer arbeitspolitischen Regulierung jenseits des Nationalstaats leisten. Dennoch ist es ein wichtiger **Ansatz, der die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen im Unternehmen unterstützt und die ArbeitnehmerInnenrechte in den Entwicklungs- und Schwellenländern stärkt und aus dem sich eine konkrete transnationale Solidarität zwischen den Belegschaften in verschiedenen Ländern der Welt ergeben kann.**

 [Zurück Index](#)

Kompensationen für Klima- und Ressourcenschutz in Ecuador? Der ITT-Yasuní Beauftragte Francisco Carrión Mena in Berlin

Anfang 2007 brachte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa einen international umstrittenen Vorschlag zum Umwelt- und Ressourcenschutz ein. Er bot an, auf die Erdölförderung riesiger Vorkommen unter dem Biosphärenreservat Yasuní im ecuadorianischen Amazonasgebiet zu verzichten und damit die Waldbestände in Ecuador zu schützen. Im Gegenzug forderte er die internationale Staatengemeinschaft auf, den Gewinnausfall durch beträchtliche Zahlungen zu kompensieren und so zum Erhalt des Primärwalds beizutragen. Dieser Vorschlag, seither unter dem Namen ITT-Yasuní-Vorschlag lanciert, wird im In- und Ausland kritisch diskutiert.

Mit der Benennung des ehemaligen ecuadorianischen Außenministers Francisco Carrión Mena zum ITT-Yasuní Beauftragten des Präsidenten und der Einrichtung eines eigenen ITT-Sekretariats erhielt die Initiative Anfang des Jahres frischen Rückenwind. Im März stellte Carrión Mena in einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung das Konzept des ITT-Yasuní-Vorschlags vor und stellte sich auch kritischen Fragen. Konkret sehe der ecuadorianische Vorschlag bisher die Zahlung der Hälfte der möglichen jährlichen Erträge der Erdölförderung vor, so Carrión. Diese Gelder würden in einen international verwalteten Fonds fließen, aus dessen Zinserträgen die Regierung in einem nächsten Schritt die Förderung von regenerativen Energien und Projekte zur Bewahrung des Nationalparks finanzieren will.

Dezidiert äußerte Carrión sich auch zu den Herausforderungen des ITT-Vorschlags und zur Kritik einiger Geberländer. Die Regierung arbeite weiter an der nachhaltigen Ausgestaltung des Fonds, um so auch bei möglichen Regierungswechseln die Einhaltung der Verpflichtungen zum Tropenwaldschutz zu garantieren.

[↑ Zurück Index](#)

Europa und Lateinamerika - gemeinsam für ein besseres Klima? Bundesministerin Wieczorek-Zeul besucht Konferenz der FES in Lima zum Klimaschutz in Europa und Lateinamerika



Die Diskussion um eine angemessene und nachhaltige Klima- und Energiepolitik genießt derzeit höchste Priorität. In Europa ebenso wie in Lateinamerika bestimmen Fragen der Energiesicherheit, Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien die Debatte. Ein

gemeinsames Handeln beider Regionen verspräche beiden Seiten – und dem Klima – große Vorteile.

Auf der UN-Klimakonferenz in Bali kristallisierten sich zwischen den lateinamerikanischen und den europäischen Vertretern Interessenkonvergenzen heraus. Gleichzeitig wurden konstruktive Vorschläge zur Lösung von Interessenskonflikten unterbreitet und zielorientiert diskutiert. Auf dieser Grundlage könnten von einer europäisch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit wichtige Impulse für eine multilaterale Post-Kyoto-Ordnung ausgehen. Das V. EU-LA-Gipfeltreffen im Mai in Lima, das sich schwerpunktmäßig u.a. mit dem Thema Klima und Energie befasste, bot eine gute Gelegenheit zur Konkretisierung gemeinsamer Vorstellungen.

Im Vorfeld des Gipfels nutzte das FES-Büro in Lima den Besuch der Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecezorek-Zeul, im März dieses Jahres, um zu einer Podiumsdiskussion einzuladen, auf der diese Fragen mit ihr und führenden Persönlichkeiten aus Peru, der EU und der CAN sowie einem fachlich wie politisch hochrangigen Publikum diskutiert wurden. Auf der Konferenz herrschte Übereinstimmung darüber, dass zwischen Klimawandel und Entwicklung ein untrennbarer Zusammenhang besteht und ohne Nachhaltigkeit der Erwärmung der Erde nicht beizukommen ist. Antonio Brack, der kurze Zeit danach erster Umweltminister von Peru wurde, sagte zu, dass sich sein Land verstärkt dem Schutz des Regenwalds widmen werde und dabei mit der Unterstützung von Deutschland und der EU rechne. Die Ministerin verwies ihrerseits auf die Initiative der G-8-Staaten, derzufolge diejenigen Länder, die ihre Wälder schützen, einen finanziellen Ausgleich erhalten sollen.

[↑ Zurück Index](#)

Mauricio Funes, Präsidentschaftskandidat der FMLN in El Salvador, in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Die *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) in El Salvador gilt als stärkste linke Bewegung Zentralamerikas. In El Salvador selbst ist die FMLN zweitstärkste Partei und wichtigste Oppositionsgruppe zur rechtskonservativen Regierungspartei ARENA. Ihre Wurzeln hat sie in einem Bündnis der bewaffneten Opposition während des Bürgerkrieges (1980 – 1991). Mit den Waffenstillstandsvereinbarungen im Jahr 1992 wurde die FMNL offiziell als politische Partei anerkannt. Der Transformationsprozess von einer Guerillabewegung hin zu einer politischen Partei ist allerdings noch nicht abgeschlossen, denn das Aufbrechen von in den Zeiten des Bürgerkrieges gefestigten linksorthodoxen Positionen gestaltet sich teils noch schwierig. Führende Mitglieder der Partei versuchen jedoch, mit einer sozial glaubwürdigen und realistischen Politik ein Gegengewicht zur traditionell orthodoxen Haltung zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist auch die

Wahl des bekannten Journalisten Mauricio Funes zum Präsidentschaftskandidaten im vergangenen Jahr ein Zeichen der Öffnung. Die Chancen für einen Machtwechsel stehen derzeit gut, Umfragen weisen Mauricio Funes einen klaren Vorsprung gegenüber seinem Kontrahenten Rodrigo Ávila zu. Allerdings wird es eine große Herausforderung für Funes bleiben, seine pragmatischen Vorstellungen eines Mitte-Links-Kurses gegenüber der eigenen Partei durchzusetzen.

Mauricio Funes war am 7. Mai 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, um mit deutschem Fachpublikum über die Herausforderungen El Salvadors und der FMLN zu diskutieren. Durch welche wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen kann die hohe Arbeitslosigkeit und die soziale Ungerechtigkeit reduziert werden? Inwieweit lässt sich durch die Gestaltung einer sozial ausgewogeneren Politik auch die hohe Kriminalitätsrate verringern? Wie kann der außenpolitische Spagat zwischen den USA, wo ca. 1/3 aller Salvadorianer/innen leben, und Venezuela bewältigt werden? Über diese Fragen sprach Funes mit den Gästen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

[↑ Zurück Index](#)

■ Jugendorganisationen und ihr politischer Einfluss in Südamerika - Eine Delegation von NachwuchspolitikerInnen zu Gast in Deutschland



Demokratie lebt vom Engagement junger Menschen und parteipolitischen Jugendorganisationen kommt bei der Einbindung junger Menschen in die Politik eine Schlüsselrolle zu. Sie treten ein für die Interessen von jungen Menschen in Partei und Politik, werben neue Mitglieder und helfen bei der Rekrutierung zukünftiger Führungskräfte. Dennoch sehen sich parteipolitische Jugendorganisationen gerade in Lateinamerika mit großen Herausforderungen konfrontiert: wie gelingt die Mobilisierung junger Menschen, wenn die Politikverdrossenheit zunimmt und politische Parteien insgesamt an Bedeutung verlieren? Und welchen Einfluss können Jugendflügel intern auf ihre Partei nehmen, wenn starre Hierarchien dominieren und die parteiinterne Demokratie nur schwach ausgebildet ist?

Der Austausch zu diesen Fragen stand im Mittelpunkt einer Informationsreise, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Delegation von NachwuchspolitikerInnen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas eingeladen hatte. Die elfköpfige Gruppe mit jungen PolitikerInnen aus Chile, Kolumbien, Bolivien, Venezuela und Peru setzte sich sowohl aus Vertretern und Vertreterinnen traditioneller Parteien wie auch neuer sozialer Bewegungen zusammen.

Im Mittelpunkt ihres Aufenthaltes stand – neben Gesprächen mit Abgeordneten und Jugendorganisationen – eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern und Vertreterinnen der Jusos in Berlin. Kritisch diskutierten die TeilnehmerInnen die aktuellen Trends und Probleme parteipolitischer Jugendorganisationen bei der Organisation und Repräsentation junger Menschen. Am Ende des Gesprächs stand fest: junge Menschen sind weder in Lateinamerika noch in Deutschland unpolitischer geworden. Ihr Interesse an der Politik umzusetzen in eine aktive Beteiligung, stellt eine der wichtigsten Herausforderungen für politische Jugendorganisationen dar.

■ Vereinte Gewerkschaften Amerikas - Mit der Gründung des gesamtamerikanischen Gewerkschaftsverbands Confederación Sindical de Trabajadores/as de las Américas (CSA) wurde ein neue, durchsetzungsfähigere Regionalstruktur geschaffen



Im März vereinigten sich in Panama 65 Gewerkschaftsverbände aus 29 Ländern Süd- und Nordamerikas, die insgesamt 24 Millionen Mitglieder vertreten, zum neuen gesamtamerikanischen Regionalverband des Internationalen Gewerkschaftsverbands (IGB). Der IGB war bereits im Jahr 2006 in Wien im Zuge der Vereinigung der beiden wichtigsten Gewerkschaftsinternationalen, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer (WVA), sowie durch den Beitritt von Verbänden, die sich bislang keinem internationalen Verband angeschlossen hatten, gegründet worden. In Lateinamerika erwies sich die Vereinigung der Regionalstrukturen von IBFG und WVA - der *Organización Regional Interamericana de Trabajadores* (ORIT) und der *Central Latinoamericana de Trabajadores* (CLAT) als ein politisch komplexerer und daher auch langwieriger Prozess als in anderen Regionen.

Das Regionale Gewerkschaftsprojekt der FES in Lateinamerika, mit Sitz in Uruguay, hat die regionale Diskussion um die Gründung der CSA in den vergangenen zwei Jahren intensiv begleitet und im Rahmen von Regionalforen v.a. die Diskussion über einen Beitritt unter den bislang unabhängigen Verbänden gefördert. Nach dem Gründungskongress in Panama, steht nun die Beratung der CSA bei der Erarbeitung und Umsetzung ihrer Programmatik im Vordergrund. Hierzu führt die FES u.a. eine Reihe nationaler Seminare zur Agenda der CSA in strategisch wichtigen Ländern durch und fördert den Austausch zwischen der CSA und den progressiven Regierungen in der Region. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Schaffung von Dialogplattformen zwischen der CSA und den von ihr unabhängigen subregionalen gewerkschaftlichen Koordinationsinstanzen. Letztere sind auf Gewerkschaftsseite die federführenden Akteure, wenn es beispielsweise um die Artikulation gewerkschaftlicher Positionen in den Assoziierungsverhandlungen mit der EU geht.

■ **Espacio Frontera, jóvenes de izquierda en reflexión, análisis y construcción política . Nicolás Ambrosio, 2007.**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Las Misiones Sociales en Venezuela. Yolanda D'Elia, Luis Francisco Cabezas, 2008.**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **La Tendencia - Revista de Análisis Política: El debate de la nueva constitución, No. 7, Marzo/Abril 2008.**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Nueva Sociedad: "América Latina desde el otro lado del globo", Número 214, Marzo - Abril 2008**

<http://www.nuso.org/revista.php?n=214>

■ **Nueva Sociedad: "¿Ciudadanos en uniforme? Fuerzas Armadas y democracia", Número 213, Enero - Febrero 2008.**

<http://www.nuso.org/revista.php?n=213>

■ **Nueva Sociedad: "Gobernar la ciudad", Número 212, Noviembre - Diciembre 2007**

<http://www.nuso.org/revista.php?n=212>

[↑ Zurück Index](#)

■ **Im ersten Halbjahr 2008 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt:**

Einsatzland – ort/Zuständigkeit	Name	seit
Regionales Gewerkschaftsprojekt (Projektleitung)	Katharina Meier	Februar
Uruguay (Projektleitung)	Andreas Wille	Februar
Argentinien (Projektleitung)	Achim Wachendorfer	März
Guatemala (Projektleitung)	Alfred Stoll	März
Costa Rica (Projektleitung)	Valeska Hesse	Mai
Berlin (Referentin Mexiko und Karibik)	Katharina Hofmann	Juni

[↑ Zurück Index](#)

[Newsletter abonnieren](#) | [Abbestellen](#) | [Kontakt](#)

V.i.S.d.P. Dörte Wollrad
(c) 2005 Referat Lateinamerika und Karibik
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel.- (0228) 883 534
Fax- (0228) 883 404



Programmierung und Design: [G-Softsolutions](#)